

# Jahresbericht

## 1. Jahresversammlung

Bedingt durch die Corona-Pandemie mussten die DJS Basel die für den 29. April 2020 geplante Jahresversammlung auf den Spätsommer verschieben. So haben wir im 2020 unsere Jahresversammlung später als gewohnt - erst am 26. August 2020 - im Bio Bistro auf dem Gundeldinger Feld abgehalten.

An der Jahresversammlung wurde unser Vorstandsmitglied und ehemalige Geschäftsleiterin Anina Ineichen aus dem Vorstand verabschiedet. Gleichzeitig wurden zwei neue Mitglieder in den Vorstand aufgenommen.

Zum einen ist dies Anja Keller, sie vertritt die DJS Basel bereits seit 2019 im Vorstand der DJS (national); zum andern Daniel Gmür, er ist neu den DJS beigetreten und möchte sich direkt im Vorstand engagieren.

Aufgrund der pandemiebedingten Unsicherheiten hat der Vorstand auf eine Veranstaltung, begleitend zur Jahresversammlung, verzichtet, jedoch im Nachgang zum statutarischen Teil der Jahresversammlung alle anwesenden Mitglieder zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen. Dadurch wurde wieder einmal die Möglichkeit für einen ungezwungenen Austausch zwischen den Mitgliedern geschaffen.

## **2. Veranstaltungen**

---

### **Pressefreiheit in der Türkei - Folgen in Europa - 03.02.2020**

Max Zirngast, österreichischer Journalist, Student der Politikwissenschaften und Autor, der für lange Zeit in der Türkei gelebt und gearbeitet hat, wurde, wie viele weitere kritische Menschen in der Türkei, am 11. September 2018 aufgrund des Verdachtes auf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ in der Türkei für drei Monate inhaftiert und am 11. September 2019 von allen Vorwürfen freigesprochen. Im Rahmen der Solidaritätskampagne #freemaxzirngast und der Buchpräsentation Die Türkei am Scheideweg von Max Zirngast haben wir den Autor gemeinsam mit der BastA!, dem Bündnis der kurdischen Frauen in der Schweiz und der SKYP zu einem öffentlichen Gespräch eingeladen. Im Gespräch berichtete Max Zirngast über die politische und rechtsstaatliche Situation in der Türkei und über seine persönlichen Erfahrungen in Haft. Dabei betonte er immer wieder, dass seine Verhaftung keinen Einzelfall darstelle. Vielmehr würden in der Türkei immer wieder Personen, welche sich kritisch mit der Politik der AKP auseinandersetzten, willkürlich inhaftiert. Auch berichtet Zirngast von einer Justiz, in der die persönlichen Einstellungen der Richterinnen und Richter für die Urteile der Betroffenen teilweise von grösserer Bedeutung sind als rechtsstaatliche Prinzipien.

### **Besichtigung Neubau Bässlergut**

Die für den 26. März geplante Besichtigung des Neubaus des Bässlerguts in Basel musste leider bedingt durch den Lockdown abgesagt werden. Gerne möchten wir diese nachholen, sobald es die aktuelle Pandemiesituation zulässt und Führungen wieder möglich sind.

### **Grundrechtliche Schranken der Pflicht zur Selbstverantwortung in der Sozialversicherung - 10.11.2020**

Das ursprünglich für die Jahresversammlung im Frühjahr geplante Referat von Prof. Dr. iur. Kurt Pärli konnten wir in einer hybriden Form, also sowohl digital via Zoom als auch live vor Ort, durchführen.

Prof. Pärli hat in seinem Vortrag eine kritische Einordnung des Begriffs der Selbstverantwortung, die aus der Schadensminderungspflicht resultiert, vorgenommen und anschliessend aufgezeigt, dass auch der verlangten Selbstverantwortung etwa durch Sozial- oder Krankenversicherungen grundrechtliche Grenzen auferlegt werden müssen. Grundrechtliche Schranken müssen etwa in Fällen der Reduktion von Sozialleistungen, die Betroffene ‘motivieren’ sollen, sich mehr anzustrengen, greifen.

Die grundrechtlichen Schranken sind vor allem von Bedeutung, da Selbstverantwortung nur

wahrgenommen werden kann, wenn die sozialen und finanziellen Mittel dazu zur Verfügung stehen.

Zudem hat Prof. Pärli die Frage nach der Bedeutung der Selbstverantwortung im anschliessenden Gespräch in den aktuellen Kontext der Pandemie gestellt, auch hier stellen sich unterschiedliche spannende Fragen.

Schliesslich geht es darum, sozialversicherungsrechtliche Ansprüche zu verteidigen und nicht durch Anforderungen an die Selbstverantwortung auszuhöhlen. Dazu gehören auch Debatten um eine unbedingte Sozialhilfe oder ein Grundeinkommen.

## **Ein Legal-Team für Basel? - 01.12.2020**

Nachdem es in der Vergangenheit immer wieder zu Konfliktsituationen zwischen der Polizei und Teilnehmenden von Kundgebungen gekommen ist, bei denen insbesondere die Verhältnismässigkeit eines Polizeieinsatzes kritisiert wurde, möchten wir gerne in Basel ein sogenanntes Legal-Team ins Leben rufen.

Als Input für die Gründung eines Legal-Teams in Basel haben wir zwei DJ Bern Mitglieder eingeladen, die uns die Arbeit des Legal-Teams in Bern näherbrachten.

Das Legal-Team der DJ Bern ist an Kundgebungen als Beobachter\*innengruppe anwesend und legt dabei einen Fokus auf die Wahrung der Grundrechte der Teilnehmenden. Zusätzlich zur Beobachtung der Kundgebung tauschen sich die DJ Bern immer wieder mit der Sicherheitsdirektion aus. Explizit nicht zu den Aufgaben des Legal-Teams gehört die rechtliche Vertretung vor Ort oder ein direktes Einschreiten. Vielmehr geht es darum, Präsenz zu zeigen, was die Behörden zu einem verhältnismässigen Verhalten animieren soll.

Die Vertreterinnen der DJ Bern haben uns einen Einblick in ihre Arbeit als Legal-Team gegeben, was eine gute Grundlage für den Aufbau eines Legal-Teams in Basel ist. Dabei stand im Fokus, dass sich das Legal Team während Kundgebungen ausschliesslich in einer beobachtenden Rolle sieht.

In der anschliessenden Diskussion wurden Fragen bezüglich der Kommunikation eines Legal-Teams beziehungsweise der DJS mit den Behörden und Kundgebungsteilnehmenden, der Neutralität eines Legal-Teams, dem Umgang mit unbewilligten Kundgebungen und dem Umgang mit Kundgebungen die ideell nicht mit den Zielen und Werten der DJS übereinstimmen, diskutiert. Nun ist der Vorstand der DJS Basel dabei, ein Konzept für ein Legal-Team in Basel zu erstellen, in welchem die Grundsätze für die Beobachtung von Kundgebungen und den Austausch mit den Behörden festgehalten werden sollen.

### **3. Vernehmlassungen**

---

#### **Verordnung über den Justizvollzug - Basel- Stadt**

Nachdem wir 2018 bereits zum neuen Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Basel-Stadt Stellung genommen haben, hat Jonas Weber für die DJS Basel die Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über den Justizvollzug verfasst.

Insbesondere haben wir darauf hingewiesen, dass die Verordnung Bestimmungen enthält, die aufgrund ihrer Grundrechtsrelevanz in einem Gesetz im formellen Sinne geregelt werden müssten. Daher haben wir eine grundsätzliche Überarbeitung der Verordnung empfohlen, damit diese keine Massnahmen mehr enthält, die die Grundrechte stärker einschränken als das Justizvollzugsgesetz. Auch sind wir der Meinung, dass die Verordnung den unterschiedlichen Haftgründen zu wenig Rechnung trägt. Bereits beim Erlass des Gesetzes haben wir versucht darauf hinzuwirken, dass die einzelnen Haftarten, insbesondere die Untersuchungshaft, in separaten Gesetzen geregelt werden. Da dieses Anliegen nicht aufgenommen wurde, ist es umso wichtiger, dass die Verordnungen die Besonderheiten der unterschiedlichen Haftarten berücksichtigen, nur so kann das Verhältnismässigkeitsprinzip bei der Einschränkung der Rechte der Inhaftierten gewahrt werden. Zudem wurden noch einzelne Änderungsvorschläge zu einzelnen Bestimmungen vorgeschlagen.

#### **Kantonales Bedrohungsmanagement und entsprechende Teilrevision des Polizeigesetzes**

In unserer Stellungnahme zum kantonalen Bedrohungsmanagement und der damit einhergehenden Teilrevision des Polizeigesetzes haben wir klar darauf hingewiesen, dass staatliche Massnahmen zum präventiven Schutz vor Gewalt immer auch eine massive Einschränkung der Grundrechte der betroffenen Personen darstellen und daher hohe Anforderungen an die Fragen der Erforderlichkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit gestellt werden müssen. Insbesondere auch die Garantien auf ein faires Verfahren nach Art. 29 -32 BV und Art. 6 EMRK und der Datenschutz müssen dabei gewahrt werden.

Aus unserer Sicht führen die im Ratschlag vorgesehenen Neuerungen zu einer massiven Erweiterung der polizeilichen Aufgaben, die abzulehnen ist, denn wir sind überzeugt, dass eine effektive Gewaltprävention und damit einhergehend auch die Wahrung der staatlichen Schutzpflichten ohne solch massive Grundrechtseinschränkungen möglich sein muss.

## **Anpassung des Strafvollzugsgesetzes StBG - Basel-Landschaft**

Alain Joset und Tobias Fasnacht haben für uns eine ausführliche Stellungnahme zur Anpassung des Strafvollzugsgesetzes (StVG) im Kanton Basel-Landschaft verfasst. Dabei haben wir uns zu denjenigen Änderungen geäußert, die aus Sicht der DJS problematisch sind.

Dazu gehören die Erweiterung der kantonalen Zuständigkeit für den Straf- und Massnahmenvollzug, die immer noch nicht ausreichende Verkürzung der Verfahrensdauer in Fällen der Haftentlassung aus dem Straf- und Massnahmenvollzug sowie die neuen Regelungen zum Informationsfluss im Vollzug mit Blick auf den Schutz von besonders schützenswerten Personendaten.

## **4. Stellungnahmen/ Medienmitteilungen**

### **Strafverfahren nach Beschwerde gegen Polizeieinsatz**

Nachdem am 3. März 2016 die Kantonspolizei mehrere Asylsuchende festnahm, die in der Matthäuskirche Schutz vor einer Ausschaffung nach Italien gesucht hatten, kam es am selben Abend zu einer spontanen Kundgebung mit ungefähr dreihundert Teilnehmenden. Gegen diese Kundgebung wurde mehrmals Tränengas und Gummischrot eingesetzt. Daher wurde von mehreren Einzelpersonen eine Untersuchung des Polizeieinsatzes beantragt. Die Aussagen der Antragsteller\*innen wurden jedoch von der Staatsanwaltschaft dazu verwendet, um gegen die Antragsteller\*innen Strafbefehle wegen Landfriedensbruch zu erlassen, wofür sie sich im September 2020 vor Gericht verantworten mussten.

Der Vorfall zeigt auf, dass unter den aktuellen Strukturen eine unabhängige Untersuchung von polizeilichem Fehlverhalten kaum möglich ist, weshalb es dringend einer unabhängigen Beschwerdestelle zur Untersuchung von Polizeieinsätzen bedarf, an die sich Betroffene wenden können, ohne zu befürchten, dass ihre Aussagen später für ein Verfahren gegen sie verwendet werden.

### **Auflösung unbewilligte Frauen\*demo auf der Johanniterbrücke**

Am diesjährigen Frauen\*streiktag, dem 14. Juni kam es zu einer unbewilligten friedlichen Kundgebung. Als der Demonstrationszug auf der Johanniterbrücke angekommen war, wurde die ganze Kundgebung 'eingekesselt', alle Teilnehmenden wurden für eine längere Zeit auf der Brücke festgehalten und gegenüber allen Teilnehmenden wurden Bussen ausgesprochen - nicht wegen der Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration, denn diese ist nicht strafbar, sondern wegen Widerhandlungen gegen eine Covid-Verordnung, wobei die Polizei zuerst die Störung des öffentlichen Verkehrs als Grund für die Auflösung der Kundgebung nannte. Noch

## WEITERE PROJEKTE

vor Ort versuchten die Nationalrätin und DJS-Mitglied Sibel Arslan sowie die Grossrätinnen Raffaella Hanauer und Jessica Brandenburger vergeblich, den Dialog mit der Polizei zu suchen. Gemeinsam mit der BastA!, der Juso, dem jgb, den Grünen, der SP und den SP-Frauen haben die DJS in einer Stellungnahme das Vorgehen der Polizei kritisiert. Unserer Meinung nach entspricht es nicht dem 3D Prinzip der Polizei (Dialog, Deeskalation und Durchgreifen), welches im Umgang mit Demonstrationen angewendet werden sollte und bei dem das Durchgreifen die letzte Eskalationsstufe darstellt. Die Polizei hätte den Teilnehmenden die Möglichkeit geben müssen, die Kundgebung aufzulösen und hätte insbesondere darauf verzichten können, gegenüber allen Teilnehmenden Bussen auszusprechen.

## **5. Weitere Projekte**

---

### **Anlaufstelle für Sans-Papiers**

Die DJS Basel sind auch im 2020 weiterhin eine Trägerorganisation der Anlaufstelle für Sans-Papiers und werden im Vorstand durch Matthias Bertschinger vertreten.

### **Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Gewalt von Securitas Mitarbeitenden im BAZ**

Im Nachgang zu den Medienberichten der WOZ und der Sendung «Rundschau» des SRF vom 13. Mai 2020 über Vorfälle von Gewalt im Bundesasylzentrum Bässlergut in Basel haben wir als Verein aufgrund der Aussagen des SEM-Sprechers und des Securitas-Mitarbeitenden in der Sendung Rundschau bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen Unbekannt wegen qualifizierter Körperverletzung gemäss Art. 123 Ziff. 2 Abs. 3 StGB eingereicht.

Zu diesem Vorgehen haben wir uns entschieden, da die Aufarbeitung der Vorfälle im SEM aus unserer Sicht unzureichend ist. Zudem werden Asylsuchende, die Gewalt anwenden, konsequent bei der Staatsanwaltschaft angezeigt – das SEM misst also bei Gewaltanwendung mit unterschiedlichen Ellen.

Im Nachgang zu den Medienberichten und der Strafanzeige haben die DJS Basel gemeinsam mit weiteren Organisationen und der Nationalrätin Florence Brenzikofer Fragen an den Bundesrat bzgl. dem Umgang des SEM mit Gewaltvorfällen im BAZ formuliert.

Mittlerweile wird die Thematik auf Ebene DJS (national) verfolgt, da immer mehr Fälle von Übergriffen zusammenkommen und es dringend eine nationale Lösung im Sinne einer unabhängigen Ombudsstelle für Gewaltbetroffene in Asylunterkünften braucht.

## **Lauf gegen Grenzen**

Auch im 2020 haben die DJS Basel mit vier Läuferinnen und einigen DJS-Sponsor\*innen am Lauf gegen Grenzen teilgenommen und rund 1'000 CHF gesammelt.

Der Lauf gegen Grenzen ist ein Sponsorenlauf, der sich für die Rechte von Geflüchteten, Migrant\*innen und Sans-Papiers einsetzt. Organisiert wird der Anlass vom Verein gegen Grenzen, der Freiplatzaktion Basel und der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel. Insgesamt konnten nach dem Lauf 96'800 CHF an Unterstützungsbeiträge ausbezahlt werden, wobei der Grossteil den beiden Trägerorganisationen, der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Freiplatzaktion Basel, zugutekommt.

Wir freuen uns auf die kommende Ausgabe am 11. September 2021.

## **Wahlempfehlung Regierungsrat und Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt**

Am 25. Oktober 2020 fanden die Gesamterneuerungswahlen im Kanton Basel-Stadt statt.

Da wir die politische Arbeit unserer Mitglieder unterstützen möchten und gleichzeitig auch als Verein darauf angewiesen sind, in den Kommissionen und im Parlament auf unsere Anliegen aufmerksam machen zu können, haben die DJS Basel ihre Mitglieder mittels eigenem Flyer zur Wahl empfohlen.

Wir gratulieren allen gewählten DJS-Mitgliedern und insbesondere Tanja Soland zu ihrer Wiederwahl in den Regierungsrat.

## **6. Organisation**

---

Der Vorstand setzt sich im Berichtsjahr aus Matthias Bertschinger, Bálint Csontos (Kassier), Daniel Gmür, Elisabeth Joller, Anja Keller (Delegierte DJS CH), Michelle Lachenmeier, David Mühleemann, Ada Mohler (Geschäftsleitung) und Christian von Wartburg zusammen. Er hat sich im Berichtsjahr zwölf Mal getroffen.

Mitgliederstand per 31. 12. 2020

Mitglieder: 108

Neueintritte: 8

Austritte: 4

## **7. Danksagung**

---

Der Vorstand der DJS Basel bedankt sich bei allen Mitgliedern für ihr Engagement im vergangenen Jahr und freut sich auf ein spannendes und aktives kommendes Vereinsjahr

März 2021

Ada Mohler